



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 22. März 2022 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in der vierten Woche des verbrecherischen russischen Angriffskriegs sind Mariupol und Charkiw zu Symbolen für die Grausamkeit und Inhumanität der russischen Kriegsführung in der Ukraine geworden. Putins Truppen schießen auf Wohnhäuser, Kliniken, Märkte und Schutzräume für Zivilisten. Es handelt sich um schreckliche Kriegsverbrechen, für die die verantwortlichen russischen Amtsträger und Militärs vor dem Internationalen Strafgerichtshof zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Besonders bestürzt hat mich die Nachricht, dass zu Beginn dieser Woche der ukrainische KZ-Überlebende Boris Romantschenko, der die Konzentrationslager Buchenwald, Peenemünde, Mittelbau-Dora und Bergen-Belsen überlebt hat, bei einem Bombenangriff in Charkiw getötet wurde. Wir müssen uns jeden Tag fragen: Tun wir genug, um den gerechten Freiheitskampf der Ukrainer zu unterstützen?

Zwar kommt ein Kriegseintritt nicht in Frage, aber alle wirksamen Maßnahmen unterhalb dieser Schwelle sind umso erforderlicher. Die Bundesregierung laviert aber bei der Antwort weiter herum: Sie tut schlichtweg nicht genug! Zögerlich bei der Verschärfung der Sanktionen, zaudernd beim Streben nach weniger Energieimporten aus Russland, offenbar hinhaltend bei weiteren Waffenlieferungen. Der Bundeskanzler – von dem wir in diesen Tagen Führung erwarten – schweigt. Der Kontrast zum mutigen, führungsstarken Präsidenten Selenskij könnte nicht größer sein.

Weitere Themen, die mich in dieser Woche beschäftigt haben, waren der Bundeshaushalt sowie die sich abzeichnende Ernährungskrise in Ostafrika. Als Berichterstatter für Zentral- und Westafrika habe ich bereits in der vergangenen Woche im Namen meiner Fraktion für die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Südsudan plädiert.

Herzlichst, Ihr Markus Koob



Schwerpunkte der Woche | 21.-25. März 2022

- **Bundeshaushalt**
- **Bundeswehr-Einsatz im Rahmen der UN-Mission im Südsudan**
- **Aufruf: Stoppen wir Putins Krieg – Sofortiger Importstopp für russisches Öl und Gas**

Im Fokus dieser Woche: Der Bundeshaushalt 2022

Im Mittelpunkt der Plenarwoche steht das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022), das wir in erster Lesung beraten. Nach dem Entwurf soll der Bund im Jahr 2022 bei einem Plan-Volumen von insgesamt 457,6 Mrd. Euro mit einer Neuverschuldung von 99,7 Mrd. Euro auskommen. Ab 2023 soll die Normalregelung der Schuldenbremse wieder eingehalten werden. Aber schon auf den ersten Blick ist klar: Diese Annahmen sind auf Sand gebaut. Erhebliche Kürzungen bei Zins- sowie Gewährleistungsausgaben und Arbeitsmarktausgaben, die Auflösung von Vorsorgen bzw. der allgemeinen Rücklage und zusätzliche Steuereinnahmen werden bemüht, um die Zahlen-Fassade aufrecht zu erhalten.

Bemerkenswert ist außerdem: Der Bundesfinanzminister hat bereits einen Ergänzungshaushalt mit weiteren Schulden angekündigt. Darüber hinaus stehen noch die Beratungen über die Einrichtung eines kreditfinanzierten Bundeswehr-Sondervermögens mit einem Volumen zu 100 Mrd. Euro aus. Damit wird am Ende ein einheitlicher Bundeshaushalt 2022 stehen – mit einer Nettokreditaufnahme von deutlich mehr als 100 Mrd. Euro. Das belastet die parlamentarischen Beratungen. Wir erwarten endlich Vorschläge für klare Prioritätensetzungen und unvermeidliche Gegenfinanzierung. Alle Ausgaben müssen – wie von der Ampel angekündigt – auf den Prüfstand.

Standpunkt: *In diesem Bundeshaushalt mischt sich mangelnde Klarheit mit Schweigen angesichts der großen Herausforderungen unserer Zeit. Wie unter dem Brennglas wird deutlich, woran es dieser Bundesregierung ermangelt: Prioritätensetzung. Die Ampel hat einen Wohlfühlhaushalt geplant und in ihrem Koalitionsvertrag allen alles versprochen. Strukturelle Probleme werden nicht angegangen, sondern mit geliehenem Geld kaschiert.*

Wegen dieser unterlassenen Prioritätensetzung trifft die erneute Krise die Bundesregierung deshalb unvorbereitet. Sie könnte diese Zeitenwende zum Anlass für echte Aufgabenkritik nehmen. Sie könnte anerkennen, dass Generationengerechtigkeit nicht

nur in der Klimafrage, sondern auch im Haushalt und in den Sozialsystemen die wichtigste Weichenstellung für die Zukunft ist. Dieser Haushalt lädt die Probleme der Gegenwart bei zukünftigen Generationen ab. Das halte ich für nicht akzeptabel.

Die Ampel flüchtet sich in rekordverdächtige Neuverschuldung und einen vagen Ergänzungshaushalt. Aus meiner Sicht ein klarer Beleg: Die Versprechungen des Koalitionsvertrages sind passé. Die Zeit ist darüber hinweggegangen. Deutschland braucht jetzt einen neuen Regierungsplan. Und hier wäre es gut, wenn der Bundeskanzler sein Schweigen bricht und sagt, was wirklich wichtig ist.

Zum Ergänzungshaushalt ist darüber hinaus anzumerken: Schon jetzt ist klar, dass aufgrund der erforderlichen Verfassungsänderungen das vom Bundeskanzler am 27. Februar angekündigte 100. Mrd. Bundeswehr-Sondervermögen die Mitwirkung und Zustimmung der CDU/CSU erfordern wird. Ich begrüße zwar, dass es ein Umdenken und eine sicherheitspolitische Wende in der Bundespolitik in dieser Frage gibt und damit unserer langjährigen Forderung der Erfüllung des 2-Prozent-Ziels der NATO zu einer politischen Mehrheitsfähigkeit verholphen werden soll.

Allerdings machen mich zwei Begebenheiten skeptisch: Zum einen findet sich in dem heute vorgelegten Haushalt zur Erfüllung des 2-Prozent-Ziels rein gar nichts. Im Gegenteil: Der Haushaltstitel des Bundesministeriums der Verteidigung wächst nicht mal auf; er bleibt auf Jahre gleich. Zum anderen beobachte ich, wie die Kollegen aus den Reihen der SPD und Grünen durch die Proklamation eines „erweiterten Sicherheitsbegriffs“ einer möglichen Zweckentfremdung des geplanten Sondervermögens den Weg ebnen. Die Zustimmung meiner Fraktion sowie mein persönliches Votum wird aber an klare Bedingungen geknüpft sein: Das Sondervermögen muss für Landes- und Bündnisverteidigung zur Verfügung stehen, ausdrücklich für Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr, für nukleare Teilhabe und atomare Abschreckung. •

Im Wortlaut:

Rede zur Verlängerung der UN-geführten Mission UNMISS (United Nations Mission in South Sudan), Freitag, 18. März 2022

Markus Koob (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute zum wiederholten Male über das jüngste Land der Erde mit den größten Problemen, die man sich vorstellen kann – wir haben das in den Reden gehört –: Dürre und Überschwemmungen zugleich, Bürgerkrieg, Gewalt, sexualisierte Gewalt. Ich glaube – und das war ja auch überwiegend Tenor in den Reden heute –, dass es absolut richtig ist, dass wir als Deutschland im Rahmen dieser UN-Mission auch Verantwortung übernehmen.

Der militärische Beitrag in dieser Mission ist in der Tat vergleichsweise gering – auch darauf ist eingegangen worden –; aber er ist wertvoll. Er ist wichtig, und er ist eben auch notwendig. Ich möchte deshalb, weil ich der letzte Redner bin und vieles auch schon gesagt worden ist, auf einen Aspekt noch mal näher eingehen, der nur am Rande angesprochen worden ist.

Eine große deutsche Tageszeitung hat sich jüngst mit der Minenproblematik in diesem Land beschäftigt. Wir haben in den letzten 18 Jahren, seitdem dieser Konflikt läuft, über 1 400 Tote und über 3 800 Verletzte unmittelbar durch Minenunfälle. Wir haben die Situation, dass in den Schulen vor Ort Schulkinder Lieder lernen, in denen vor Minen gewarnt wird. Ich glaube, es muss unser aller Verantwortung sein, dass wir dafür sorgen, dass diese Kinder in den nächsten Jahren andere Lieder singen als Lieder, die sie vor Minen warnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Weil hier vorhin wieder von der rechten Seite im Parlament das Wort „Interessen“ genannt worden ist: In einem Land, das in seinem Grundgesetz Menschenrechte und Werte wie Würde als Staatsziele vorgibt, ist es auch im deutschen Interesse, dass wir diese nicht nur auf unserem Staatsgebiet, sondern auch weltweit einhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Deshalb bin ich einmal mehr sprachlos über den Beitrag, der hier von der Linkenfraktion kam. Wir sind das ja gewohnt, dass Militäreinsätze grundsätzlich abgelehnt werden. Ich muss aber zum wiederholten Male meine Verwunderung zum Ausdruck bringen, dass Sie nicht einmal bei UN-Missionen hier eine Differenzierung vornehmen. Die Vereinten Nationen sind dazu da, um genau solche Konflikte zu regeln, für die Einhaltung von Friedensverträgen zu sorgen und Konfliktparteien voneinander zu trennen. Das ist das höchste völkerrechtliche Gut, das wir haben.

(Zuruf der Abg. Sevim Dağdelen [DIE LINKE])

Wir können froh sein, dass wir die Vereinten Nationen haben, die in der Lage sind, solche Konflikte zu lösen.

Wir sehen gerade an anderer Stelle, wie bei den Vereinten Nationen versucht wird, diese internationale Organisation lahmzulegen, indem ein Aggressor seine Vetoposition ausnutzt. Wir können sehr froh sein, dass wir in dieser Situation die Vereinten Nationen haben, die solche Einsätze wie den im Südsudan gewährleisten können. Deshalb ist es für mich und für meine Fraktion auch vollkommen richtig, dass wir diesen Einsatz weiterhin unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wir bedanken uns sehr herzlich bei den Soldatinnen und Soldaten für ihren wichtigen Einsatz, auch bei den zivilen Helfern, und bitten herzlich um Ihre Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Stoppen wir Putins Krieg!

Sofortiger Importstopp für russisches Öl und Gas – ein gemeinsamer Aufruf

Nach sorgfältiger und reiflicher Überlegung habe ich mich entschlossen, mich der Aufforderung an die Bundesregierung zum sofortigen Embargo der Energielieferungen aus Russland anzuschließen. Sie wird u.a. vom Vorsitzenden der Münchener Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, dem Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Thomas Enders, Norbert Röttgen sowie von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion und darüber hinaus unterstützt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in der Europäischen Union für einen sofortigen Boykott fossiler Energien aus Russland einzusetzen. Das Embargo soll mindestens bis zum Abzug der russischen Armee aus der Ukraine befristet werden. Es ist das wirksamste wirtschaftliche Druckmittel, über das wir verfügen, um Putins Angriffskrieg zu stoppen und eine humanitäre Katastrophe aufzuhalten, wie sie unser Kontinent seit 1945 nicht erlebt hat.

Seit Beginn der russischen Invasion der Ukraine importierte die EU russisches Öl, Gas und Kohle im Wert von bald 20 Milliarden Euro. Auch wenn die russischen Streitkräfte in Rubel bezahlt werden, halten diese Devisen die Kriegsmaschine am Laufen.

Kein Zweifel: Ein vollständiger Importstopp ist ein enormer Kraftakt. Er erfordert vielfältige Maßnahmen zur Erschließung neuer Energiequellen und zum Energiesparen, zur Priorisierung knapper Erdgas-Ressourcen, zum sozialen Ausgleich und zur Absicherung energieintensiver Industrien. Je schneller ein solches Embargo verhängt wird, desto eher kann es wieder gelockert werden. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir eine solche Herausforderung durch eine gemeinsame Anstrengung bewältigen können.

Wir sind überzeugt, dass Europa angesichts des massiven Angriffs auf die europäische Friedensordnung mehr tun muss. Die Europäische Union muss alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um den vernichtenden Krieg gegen die Ukraine, die Zerstörung ganzer Städte und unendliches Leid der Zivilbevölkerung aufzuhalten.

Wenn wir die Opfer sehen, die die Bevölkerung der Ukraine in diesen Wochen erbringt, wenn wir die berechtigten Sorgen in Moldawien, Georgien und den baltischen Staaten ernst nehmen, dann muss der freie Westen jetzt entschlossen die Mittel einsetzen, die er hat. Putins Revanchismus muss gestoppt werden, bevor er ganz Europa in Flammen setzt.

Deutschland hat im Rückblick auf seine Geschichte immer wieder beschworen, dass es NIE WIEDER Eroberungskriege und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geben darf. Heute ist die Stunde gekommen, dieses Gelöbnis einzulösen. Wir müssen alles versuchen, Putins Kriegsmaschine mit unseren ökonomischen Möglichkeiten zu stoppen.

Es geht um unsere Verantwortung vor der Geschichte und um Europas Zukunft. Wir müssen handeln. **Jetzt.**